

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus nur 1,20 M. (Berlin 10,00 M.) im voraus zahlbar, von der Spedition ist abgeholt 2,00 M. Für Postfracht schenken sämtliche Postämter Verstellungen entgegen. Unter anderem bezogen für Preussisch-Land und Ostpreußen 1,60 M., für das übrige Ausland 2,50 M. jährlich. Postausgang, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 20,00 M. Redaktion und Expedition: Berlin 942, G. Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-30 und 9764

Die nachgelieferten Honorarbriefe oder deren Raum kostet 4.- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Briefe sind gem. Das teigedruckte Blatt 2.- M., jedes weitere Blatt 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kostende Zusätze sind: Kontingenz-Aussagen und Seitenanfänge 2,50 M., jedes pro Seite. Einmalige Beiträge in Wortausgaben das teigedruckte Blatt 1,50 M., jedes weitere Blatt 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin 942, G. Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-30. Buchhandlung: Centrum 2645 „Freiheit“-Verlagsdruckerei Centrum 2080.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor neuer Entscheidung.

Soll im künftigen Groß-Berlin die Reaktion triumphieren?

Soll die große Masse der erwerbstätigen Bevölkerung unter die Herrschaft der alten reaktionären Parteien kommen, die gewöhnt sind, ihre Interessen auf Kosten der breiten Schichten wahrzunehmen und aus unserer Haut Riemen zu schneiden?

Soll im neuen Groß-Berlin die alte Eliten- und Bettleiherwirtschaft wieder ausleben und Triumphe feiern?

Soll die gesamte städtische Verwaltung mit dem Geist kapitalistischer Herrschsucht und Profligier durchtränkt werden?

Sollen die Arbeiterseinde oben auf kommen?

Oder:

Soll im neuen Groß-Berlin der Wille der breiten Volksschichten maßgebend sein?

Sollen die Träger des alten rückständigen Systems nicht vielmehr ersetzt werden durch eine vom freien Geist gefragene Verwaltung? Will die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins alles über sich ergehen lassen und am Sonntag die Hände in den Schoß legen?

Die Antwort auf diese Fragen soll am morgigen Sonntag gegeben werden. Der Ausfall hängt ab von der Wählerkraft und von dem Grade, in dem sie sich an der Wahl beteiligt. Das Schicksal Groß-Berlins wird morgen entschieden. Zwei Klassen der Bevölkerung stehen sich gegenüber. Die eine ist drauf und dran, alle Macht an sich zu reißen, um ihre Herrschaft zu befestigen. Sie lebt auf Kosten derjenigen, die sie ausbeutet und benutzt auch die Gemeindeverwaltung, um sich zu bereichern. Zu diesem Zweck sind unseren bürgerlichen Gegnern alle Mittel recht.

In ihren Wahlartikeln weisen sie auf die elenden sozialen Zustände, auf die Schuldenwirtschaft, auf die schlechte Ernährung und die hohen Preise für Lebensmittel hin. Sie tun das, um die Wähler zu täuschen und zu betrügen. Die heutigen unhaltbaren Zustände, unter denen Reich, Staat und Gemeinden leiden, sind eine Folge des entsetzlichen Krieges. Die bürgerlichen Parteien haben durch ihre Politik den Krieg heraufbeschworen, ihre Schuld ist es, daß der Krieg diese lange Dauer gehabt hat. Die agrarischen Parteien haben im Kriege das Volk ausgewuchert wie noch niemals zuvor, sie, die großen Patrioten und Vaterlandsfreunde. Diese Pharisäer verdrehen heute die Augen ob der Schuldenwirtschaft in den Gemeinden, die durch ihre Politik verschuldet ist. Die Schuldigen rufen: Haltet den Dieb! Jetzt wollen sie bei den Gemeindevahlen ihr beachtliches Spiel fortsetzen. Sie beschwören die Bevölkerung, ihnen die Stimme zu geben, „da wir sonst unrettbar Petersburger Zuständen und dem sicheren Untergange entgegengehen“. Diese Wölfe im Schafspelz sind endlich erkannt. Der 20. Juni muß ihnen die Antwort auf ihr unverschämtes Treiben geben!

Die Demokraten verlassen sich im Gegensatz zu den Deutschnationalen auf die geringere Wählerzahl, von der sie glauben, daß sie ihnen zugute kommen wird. Es ist ihr eigenes Werk. Sie haben in der Preussischen Landesversammlung für die einjährige Ausenhaltsdauer als Voraussetzung für die Wahlberechtigung im neuen Groß-Berlin gestimmt. In sozialen Fragen sind sie um

keinen Deut besser als die Deutschnationalen! Daran ändert alles stöhnliche Gerede nicht das Mindeste. Nicht Worte haben Geltung, sondern an den Taten wird der Mann gemessen.

Und die Taten des Kommunalliberalismus liegen offen zutage. Seine Politik war die der verpönten Gelegenheiten. Daß das neue Groß-Berlin erst heute kommt, wo es fast zu spät ist, ist die Schuld des Berliner Kommunalliberalismus, der vor lauter Bedenken zu keinem festen Entschluß kommen konnte.

Was bleibt der Wählerkraft am morgigen Sonntag übrig? Wenn die arbeitende Bevölkerung nicht gegen ihr Klasseninteresse größtenteils verstossen will, muß sie am 20. Juni einen Stimmgettel für den revolutionären Sozialismus abgeben! Sie muß wählen die Liste der

U. S. V. D.

Die Rechtssozialisten geben sich als die wahren Arbeitervertreter aus. Sie wissen aber, daß die Arbeiterkraft in Groß-Berlin ihnen das Vertrauen entzogen hat. Und dieses Mißtrauen wird am morgigen Sonntag erneut zum Ausdruck kommen. Die Rechtssozialisten stellen sich in ihren Aufrufen hin als die Männer, die allein von Verantwortungsbewußt befeuert sind. Das ist Lug und Trug. Wir lehnen es allerdings ab, eine Verantwortung für die Fortführung der Koalitionsregierung zu übernehmen, das heißt für die Unterstützung und Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft durch die Mithilfe der Arbeiterklasse. Wir lehnen die Verantwortung ab für Zustände, die der Politik der Kriegsfreunde zuzuschreiben sind. Diese Verantwortung müssen wir denen überlassen, die diese Zustände heraufbeschworen haben. Aber wir nehmen jede Verantwortung auf uns für eine Politik, die der Machterweiterung des Proletariats und der Verwirklichung des Sozialismus dient. Eine solche Politik ist in der sozialistischen Gemeinde möglich, und sie werden wir mit aller Kraft verfolgen. Nur die Unabhängigen Sozialdemokraten geben die Gewähr dafür, daß durch ein neues Groß-Berlin großzügige vom sozialistischen Geist diktierte Kommunalpolitik getrieben wird.

Die Entscheidung kann nur fallen zwischen den alten reaktionären Parteien und der Partei der Zukunft, der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die Anhänger des alten Systems, die Militaristen, Kapitalisten, Bankiers, Finanziers können nicht anders als einen Vertreter ihrer Klasse wählen.

Die arbeitenden Massen, Männer und Frauen, müssen ihre Interessen entgegensetzen. Das tun sie, wenn sie den morgigen Sonntag zur Wahl gehen und dem Kandidaten der

U. S. V. D.

ihre Stimme geben.

Keiner schle! Jede Stimme gilt!

Es handelt sich um die Entscheidung über das schwarze oder rote Berlin.

Deshalb, Wähler und Wählerinnen des werktätigen Volkes, sorgt dafür, daß der 20. Juni sich zu einem neuen Siegestage eurer Partei gestalte,

der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Was erwarten wir von der Kommunalisierung?

Die Entscheidung darüber, ob und wie weit eine Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens möglich und durchführbar ist, hängt nicht allein von der theoretischen Erwägung, auch nicht allein von dem mehr oder minder guten Willen derer ab, die durch eine solche Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens gefährdet werden, sondern ist nur abhängig von der politischen Macht. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Arbeiterklasse, diese Macht im sozialistischen Sinne auszubauen und darauf hinzuwirken, daß das Endziel der Arbeiterbewegung, die sozialistische Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, zur Tat wird. Die Gemeinden sind in allererster Linie dazu berufen, auf diesem Wege vorwärts zu wandeln.

Merkt man sich, daß bisher die von den Rechtssozialisten so gepriesene Koalitionsregierung das Kommunalisierungsgeheim länger als ein Jahr lang verschleppt und durch den Entwurf, der von ihr dem Reichsrat vorgelegt worden ist, deutlich gezeigt, daß sie die Kommunalisierung nicht erleichtern, sondern erschweren will. Die Koalition mit dem Bürgertum führt eben dazu, daß die politische Macht der Arbeiterklasse geschwächt und ihr Bestreben erschwert wird, das beiseite zu wälzen, was bisher jahrzehnte- und jahrhundertlang ihrem Fortschritt hindernd im Weg stand. Denn das, was bisher von den Gemeinden auf dem Gebiete der Kommunalisierung geleistet worden ist, ist zum Teil immer von dem Gedanken getragen gewesen, daß durch Kommunalisierung den Gemeinden Einnahmequellen erschlossen werden sollen. Von unserem Standpunkte aus aber ist die Kommunalisierung und Sozialisierung nicht in erster Linie dazu da, um Einnahmen zu schaffen, sondern sie ist dazu da, um die Produktion der dazu reifen Betriebe auf der höchsten wirtschaftlichen Stufenleiter unter Ausnutzung der vollkommensten Technik so zu gestalten, daß einerseits die Produktion verbilligt werden, andererseits die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können und gleichzeitig dadurch, daß sie an der Leitung der Betriebe durch die Arbeiterräte mit beteiligt sind, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter an dem Werke, das sie zu schaffen haben, gehoben wird.

Das sind die Grundlagen für eine sozialistische Sozialisierung. Jede andere würde nicht anderes sein, als ein als ein fiskalisches Experiment, nichts anderes sein, als ein fiskalisches Experiment, daß vielleicht der Zweck des Mittel heiligen soll, daß vielleicht die Einnahmen, die aus der Sozialisierung herauskommen, nun der Allgemeinheit dienen, wobei man dann aber genau erst prüfen muß, ob nicht in unserer Uebergangszeit, in der eben noch die kapitalistischen Klassenunterschiede vorhanden sind, Einnahmen auf Kosten der minder bemittelten Bevölkerungsschichten geschaffen werden, die dabei unverhältnismäßig stark zu tragen hätten. Und das kann der Zweck einer wirklichen Kommunalisierung nicht sein. Mittel auszubringen für eine Gemeinde ist Sache der Steuergesetzgebung. Sie muß den Gemeinden die Möglichkeit geben, die leistungsfähigen Steuerzahler entsprechend zu den Lasten heranzuziehen. Aber sie durch fiskalische Unternehmungen auszubringen, wäre ebenso ungerecht wie die indirekten Steuern.

Die Sozialisierung hat also den Zweck, die Produktion, soweit es auf technischer Grundlage möglich ist, zu verbilligen und dadurch den Einwohnern der Gemeinde die Möglichkeit zu geben, ihre Bedürfnisse so billig als möglich zu decken. Dadurch wird eben ihre gesamte Lebenslage gehoben, und das ist die Aufgabe der Sozialisierung und Kommunalisierung.

Als Voraussetzung für die Kommunalisierung und Sozialisierung wird allgemein erwähnt, daß nur „reife“ Betriebe kommunalisiert werden können. Welcher Auslegung des Begriffes aber, was „reif“ ist, ist in Betracht zu ziehen, daß Betriebe, die heute vielleicht noch nicht reif sind, vielleicht niemals reif werden, weil das Unternehmertum sich fürchtet, sie reif werden zu lassen. Deshalb haben wir uns vielmehr bei der Kommunalisierung zu fragen: Ist das Bedürfnis, das durch den Betrieb gedeckt wird, allgemein? Und zweitens: Ist es möglich, auf höherer Stufenleiter der Produktion durch Konzentrierung der Produktion, durch Maschinenteknik usw. eine billigerere Produktionsform zu schaffen? Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann hat eine sozialistische Gemeinde die Verpflichtung, zu sozialisieren, auch wenn diese Konzentration des kapitalistischen Betriebes noch nicht eingetreten ist. Denn bei dem wichtigsten Gegenstand, der für die Gemeinde zuerst für die Kommunalisierung in Betracht kommt,

müssen sich in Gefahr begeben, die in der gegenwärtigen Gestalt keineswegs in der Einsicht reif sind, daß sie bereits auf krasse Konzentration und Organisation sind, sondern im Gegenteil, daß sie reif sind, weil sie eben desorganisiert sind und, perspektiviert, ungeschickteste Unkosten und Verzerrungen der Waren hervorrufen. Das ist der Fall bei der Lebensmittelversorgung. Der Krieg, der harte Lehrmeister, hat gezeigt, was vor dem Krieg an dem heiligen Widerstand des Müllertums gescheitert ist, wie nämlich es ist, daß die Gemeinde wenigstens die Verteilung und die Veranschaulichung der Lebensmittel übernahm.

Obwohl der Gemeinde die Voraussetzung fehlte, die notwendig ist, um Kommunalisierung wirklich fruchtbringend zu gestalten, nämlich die unbegrenzte Möglichkeit, sich Ware zu verschaffen, ist dennoch Gutes geleistet worden. Aber allerdings, lebt in der Zeit, in der die Kriege hoffentlich für immer hinter uns liegen, ist die erste Aufgabe, daß wir nicht nur die Verteilung durch die Gemeinde zu übernehmen und bemühen, sondern daß wir auch die Erzeugung der Lebensmittel in Angriff nehmen.

Aber auch die Verarbeitung gewisser Lebensmittel durch die Gemeinde wird zur zwingenden Notwendigkeit, vor allem die Verarbeitung der Bäckerei. Die Großproduktion in der Bäckerei hat längst ihr Anrecht auf Anerkennung erworben. In einer Zeit, in der der Kleinbetrieb pro Gelelle 16 Saß Mehl, der Großbetrieb bis 37 Saß Mehl verarbeitet, wo also die Leistungsfähigkeit eines Menschen auf mehr als das Doppelte gesteigert ist, durch die Hilfsmittel der Technik, ist es ein wirtschaftlicher Nutzen, wenn der Kleinbetrieb aufrechterhalten bleibt. Die Not, in der Deutschland sich befindet, zwingt uns zu sparen, und da dieses Sparen nicht mehr stattfinden darf auf Kosten der Löhne der Arbeiter, muß gespart werden auf Kosten der Produktionsweise, die ersetzt werden muß durch die vollkommenste Produktionsweise, den Kleinbetrieb mit Heranziehung aller menschlichen Kräfte. Auch die Herstellung des Bieres wäre reif für die Kommunalisierung.

Ein anderes Gebiet, auf dem die Lebensmittelversorgung drückt nach Kommunalisierung schreit, ist die Versorgung der Städte mit Milch. Die kommunale Milchversorgung ist aus gesundheitlichen Gründen zum Schutze der Säuglinge und Kinder dringend notwendig. Zur Verteilung der Milch in Berlin allein werden gegenwärtig schon 400 Kleinhandlärer gebraucht, von denen manche bei der fehligen Milchmengen bloß 10-20 Liter Milch täglich erhalten. Diese Unwirtschaftlichkeit führt zur Benachteiligung der Käufer — und besonders zur Verschlechterung der Milch. Die Milch muß in getrockneten Räumchen vertrieben werden, wo nur Milch ausgepackt wird, wo sie geschädigt ist gegen alle Gerüche und Anfeuchtungen, und das läßt sich, wie das auch in manchen Gemeinden bereits geschehen ist, durch die Kommunalisierung der Milchversorgung in die Wege leiten, wobei die Gemeinde sich auch die Milchherzeugung sowohl in den Städten wie auf dem Lande zu eigen machen müssen, um unabhängig zu werden von etwaigen allzu großen Gewinngebern der Milchlieferanten.

Auch das Wohnungsproblem kann und muß sozialisiert werden. Dabei dürfen sich die Gemeinden nicht damit begnügen, nur den Grund und Boden in Anspruch zu nehmen, sondern sie müssen auch selber Wohnungen, Häuser bauen, in die eigene Verwaltung nehmen, diese aber nicht von Oben her wegen vollziehen lassen wie bisher, sondern durch die Mieter selbst die Häuser selbst verwalten lassen. Alle diese Dinge sind bereits in der Praxis im Kleinen erprobt, müssen nun aber im großen durchgeführt werden.

Die Gemeinden müssen aber auch die Rohmaterialien, die sie zum Bau ihrer eigenen Häuser brauchen, sich auf kommunalem Wege verschaffen. Sie müssen eigene Ziegeleien, eigene Holzverarbeitungswerkplätze und bergl. einrichten. Das wird schon demwegen zur Notwendigkeit, weil unentbehrlich mit der Wohnungsfrage die Verkehrsforderung verknüpft ist. Gerade eine Stadt, wie Berlin, kann ja nur außerhalb des heutigen Häusermeeres neue Wohnungen aufschließen, die nur erreichbar sind durch schnelle und billige Verkehrsmittel. Da muß selbstverständlich die Gemeinde ihre Hand auf das öffentliche Verkehrsnetz legen und dafür ist zu betonen, daß bei Übernahme der bestehenden Verkehrsrichtungen, wie z. B. der Straßenbahnen, selbstverständlich nicht der Bauwert der abgerundeten Kosten zu bezahlen ist, sondern der wirkliche Tagewert, den sie heute besitzen. Die Durchführung dieser Grundregel aber ist bei der Übernahme der großen Berliner Straßenbahn verhindert worden durch das Fehlen eines Enteignungsrechtes, so daß eine große Entschädigung an die Aktienbesitzer gezahlt werden mußte.

Auch der Rohhandel muß kommunalisiert werden, weil auf diesem Gebiet die unendlichen Kosten, die durch einen zerstückelten Kleinhandel entstehen, ebenfalls erspart und die Erzeugnisse verbilligt werden können. Ebenso dringend ist die Kommunalisierung des Apothekenwesens, die Kommunalisierung von Lehranstalten und Unterhaltungsmöglichkeiten. Durch die Schaffung eines Interaktionsmonopols und eigenen Druckerei- und Anschlagwesens könnten die Gemeinden nicht nur zur Befreiung des Volkswesens beitragen, sondern sich auch erhebliche Einnahmen verschaffen. Von außerordentlicher Bedeutung ist auch die Kommunalisierung des Postwesens.

Alle diese Forderungen aber können nur verwirklicht werden, wenn durch ein Kommunalisierungsgesetz den Gemeinden weitgehende Enteignungsbefugnisse gegeben werden und wenn in der Einzelgemeinde eine mit dem entsprechenden Wissen zur Verwirklichung des Sozialismus beherrschte sozialistische Mehrheit entscheidend ist. Die Feindschaft der Rechtssozialisten gegen alle sozialistischen Maßnahmen läßt nicht erwarten, daß sie in der Gemeinde Verfechter sozialistischer Taten sein werden. Wer deshalb will, daß durch eine großzügige Kommunalisierung dem Sozialismus in der Gemeinde Bahn gebrochen und Wegweisen des Sozialismus wird, der muß genau, wie am 6. Juni, auch am 20. Juni die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

Streik in Halle. Die Arbeiter des städtischen Gefängniswesens in Halle sind Freitag nachmittag wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Straßenbahnen wird nur zum Teil aufrecht erhalten. Die Stadt ist ohne elektrisches Licht.

Die Regierungskrise.

Die Verhandlungen gehen weiter. Zentrum und Deutsche Volkspartei haben sich bereit erklärt, in das Kabinett der Mitte einzutreten. Die Demokraten haben gestern den ganzen Tag verhandelt. Endgültige Beschlüsse sind von ihnen noch bis zum Abend vorliegenden Nachrichten noch nicht gefaßt worden. Ihr linker Flügel sträubt sich gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei, deren gefäßige Kampfweise bei ihnen noch nicht vergessen ist. Diese Richtung möchte am liebsten mit den Rechtssozialisten die alte Koalition wieder herstellen. Der rechte Flügel hat sich mit der Zusammenarbeit der Deutschen Volkspartei schon abgefunden, verlangt aber, wie wir gestern schon mitgeteilt haben, von den Rechtssozialisten Garantien dafür, daß das Kabinett der Mitte nicht durch Mißtrauenskundgebungen in seiner Tätigkeit gestört werde.

Die „Post“ redet den Rechtssozialisten gut zu, sich doch an der Kabinettsbildung zu beteiligen. Für die Verhandlungen in Spaa seien sie doch in erster Linie moralisch verpflichtet, sie seien genau so wie die Demokraten die Träger des Berliner Friedens. Sie müßten also der Konferenz in Spaa als Regierungsträger beimohnen. Aber die Rechtssozialisten, so führt die „Post“ weiter aus, suchten sich zuvor aus den bekannten Gründen zu drücken. Sie wollten sich der Mitverantwortung gegenüber diesem von ihnen eingeleiteten Sündenbündnis entziehen, um sich dann später vielleicht doch noch der Koalition anzuschließen. Auch die „Kreuzzeitung“ sagt den Rechtssozialisten, es sei doch nicht angängig, daß sie jetzt das Zentrum einfach im Stich lassen und sich so der moralischen Verantwortung für Versailles entziehen. Die Rechtssozialisten dürften auch nicht in einem so trübseligen Augenblick wie gegenwärtig das eben erst errungene parlamentarische System durch eine reine Oppositionspolitik labilieren.

Die reaktionäre Presse erhebt also gegen die Rechtssozialisten ähnliche Vorwürfe, wie sie von den Rechtssozialisten gegen und erhoben werden. Es ist nicht uninteressant, diese Ideengleichheit zwischen den Reaktionen und den Rechtssozialisten festzustellen!

Tolle Verdrehungslinse.

Der „Vorwärts“ greift in einem ellenlangen Artikel den gestern veröffentlichten Aufruf unserer Parteileitung an, um noch im letzten Augenblick durch Verdrehung und Entstellung der Tatsachen Stimmungen für die Kommunalwahlen zu bereiten. Es ist nichts Erschütterndes, was er vordringt, lediglich dieselben Plattheiten, die er nun schon seit zwei Wochen wiederholt, um die Verantwortung für die innerpolitische Krise der Unabhängigen Sozialdemokratie aufzuladen. Doch es ist immerhin recht interessant, zu vergleichen, welche ein Maß von Gedankenlosigkeit der „Vorwärts“ bei seinen Lesern voraussetzt, wenn er jetzt zu bekannten Wagt, die Unabhängigen seien nur deshalb nicht in die Regierung eingetreten, weil sie übermäßig und feige Zammeregestalten seien, die zwar im Wahlkampf den Mund nicht voll genug nehmen konnten, aber jetzt nichts gegen die Reaktion durchzusetzen imstande seien. Und da solle man an die „Diktatur des Proletariats“ glauben!

Warum — so heißt es noch weiter — macht man denn die „Diktatur des Proletariats“ nicht jetzt schon den Anfang, indem man die erworbene Macht ausübt und gegen die bürgerlichen Parteien eintritt durchzuführen versucht?

Der Analyse, der diese Stellen geschrieben hat, scheint von dem Begriff der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus überhaupt dieselbe Vorstellung zu haben, wie etwa die Aus der der chinesischen Grammatik. Somit würde er die Frage der Diktatur des Proletariats nicht zu verfeinern wagen mit dem politischen Sachverhalt, auf das die Bemerkungen, die U. S. V. zur bisherigen Koalition heranzuziehen, ja letzten Endes hinauslaufen. Doch ganz abgesehen von dieser Entgleisung, wie unehrlich ist überhaupt das ganze Treiben des „Vorwärts“. Er weiß ebenso gut wie wir, daß weder die Demokraten noch das Zentrum an einer Regierung teilgenommen hätten, in der unsere Partei einen maßgebenden Einfluß ausübte. Selbst wenn sie zum Schein eine solche Koalition eingegangen wäre, so wäre diese sofort in die Brüche gegangen, wenn die U. S. V. mehr hätte sein wollen, als ein bloßes dekoratives Anhängel der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition.

Kunz stellt der „Vorwärts“ folgende Milchmädchenrechnung auf: „Wer sagt, daß die Mehrheit der Minister bürgerlich sein müßte? Im Reichstag sitzen 193 Sozialisten, sie brauchen zur Mehrheitsbildung etwa noch 40 bis 50 Mann. Und gegen diese 40 bis 50 sollten die 193 vollkommen ohnmächtig sein?“

Der „Vorwärts“ stellt sich mit dieser Frage Nummer, als er ist. Er weiß sehr wohl, daß die fehlenden 40 bis 50 Mann, eben weil sie zur Mehrheitsbildung unentbehrlich wären, die beiden sozialdemokratischen Parteien unter ihren Willen zwingen würden. Das würde bedeuten, daß die Vertreter der beiden Arbeiterparteien vollkommen von dem Willen der mit ihnen verbündeten kapitalistischen Parteien abhängig wären. Das bei einer solchen Zusammenkunft herauskommen könnte, zeigt die anderthalbjährige Praxis der bürgerlich-rechtssozialistischen Koalition, die letzten Endes den Sozialismus korumpiert und kompromittiert hat, ohne der Arbeiterklasse auch nur einen Teil ihrer Errungenschaften zu bringen, deren die Rechtssozialisten sich ständig rühmen.

In einem der letzten Augenblicke, die der „Vorwärts“ nach der Wahlperiode vom 6. Juni hatte, schrieb er: „Wer im rechten Augenblick kein zu sagen versteht, und nicht auf durchsichtige Lockungen kapitalistischer Reaktionen einsteigt, offen zu wird eines Tages um so lauter und heftiger erklingen.“ (Nr. 201 vom 6. Juni)

Diese Worte richteten sich gegen die Bestrebungen, die Rechtssozialisten zu einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Genau dieselbe Antwort, die der „Vorwärts“ für die Redungen der kapitalistischen Reaktionen hatte, haben wir für die Redungen der sozialistischen Reaktionen, die bewußt ein unehrliches Spiel mit der Arbeiterklasse treiben. Wir sind dessen gewiß, daß unser klareres „Rein“ durch den weiteren Gang der Entwicklung seine volle Rechtfertigung finden wird.

Die Regierungsbildung in Bremen.

In Bremen hat unsere Partei bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Daraus folgten Bürgerliche und Rechtssozialisten, daß die U. S. V. in Bremen verpflichtet ist, die Regierungsbildung vorzunehmen. Zu ihnen gesellen sich auch noch die Kommunisten. In einem langen Artikel in ihrem Bremer Organ bemühen sie sich alles Ernstes um den Nachweis, daß es eine „revolutionäre Zeit“ sei, wenn die U. S. V. in Bremen eine sozialistische Regierung bilde. Bezeichnend ist folgender Satz des Kommunistenorgans: „Für eine revolutionäre Partei beginnen hier (bei der Regierungsbildung) die Aufgaben. In diesen Tagen entscheidet sich, ob und inwieweit eine sozialistische Partei revolutionär ist.“ (1)

Solchen Redensarten gegenüber haben unsere Bremer Genossen ganz unabweisend erklärt, daß unter den gegebenen Verhältnissen für sie die Beteiligung an der Regierung nicht in Frage kommt. — Es wird nunmehr von der Bürgerliche ein Ausblick eingeseht, der sich mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt soll.

Zusammenschluß der Unternehmerverbände.

Berlin, 18. Juni.

Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben heute den Zusammenschluß zu einem „Zentralausschuß der Unternehmerverbände“ beschlossen. Dem Zentralausschuß werden angeschlossen: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralstelle für das deutsche Transporthandwerk und Verkehrsgewerbe.

Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerrchaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Verletzungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von Reichlichen oder bezirkslichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Ziele auch auf örtlicher Ebene die erforderlichen Richtlinien erteilen.

Während die Vertreter der politischen Parteien tagelang über die Zusammenlegung des Kabinetts miteinander mariniert, hat sich der Zusammenschluß der deutschen Unternehmerverbände vollzogen. Das Kapital will also jetzt eine geschlossene Front bilden und gemeinsam seine Interessen wahrnehmen, ohne noch dem politischen Besannnis seiner einzelnen Glieder zu irgen. Dieser Zusammenschluß wird seine Stochkraft zunächst auf zwei Punkte richten: die Regelung der Produktion soll ganz nach dem Willen des Kapitals erfolgen, der Verbraucher vollkommen der Willkür der Besitzer der Produktionsmittel ausgeliefert werden; den Forderungen der Angestellten und Arbeiter gegenüber soll eine einheitliche Ohnang gebildet werden, der Unternehmer will wieder unumgekehrt „Verr im Hause“ sein, der wirkliche Produzent, der Arbeiter und Angestellte, soll bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst wenig noch mitzureden haben. Das Hauptziel dieser Vereinigung ist jedoch der Widerstand gegen jede Sozialisierung, die Verhinderung der Verwirklichung der sozialistischen Forderungen.

Dieser Zusammenschluß des Unternehmertums ist also eine erste Mahnung an das Proletariat, sich gleichfalls in einer geschlossenen Front zusammenzufinden und gemeinsam den Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise, zur Verwirklichung des Sozialismus zu führen. Der geschlossene auftretende Kapitalismus muß die ebenso hütendlos zusammengeschlossene Macht der Arbeiterklasse auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes entgegengekehrt werden!

Zwangspolitik im besetzten Gebiet.

In den von den Franzosen besetzten Gebieten ist in den letzten Tagen ein außerordentlich durchschlagender Wiederaufbau, Wozu und Ludwigshafen wurden Arbeiterführer verhaftet, auch mehrere Festungen sind verboten worden. Die Verbände für dieses Vorgehen sind von den französischen Behörden bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Die Arbeiterklasse ist wegen der Verhaftungen äußerst erregt worden. Am Freitag morgen wurden in Ludwigshafen erneut mehrere Arbeiter verhaftet, und zwar: Stadtrat, Arbeiterführer Haufer (S. V. D.), Stadtrat, Metallarbeiterverbandsbeamter Fischer (S. V. D.) und Stadtrat, Eisenbahnerverbandsbeamter Baum (S. V. D.). Sie wurden im Auto aus der Stadt weggeführt. Eine größere Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren ist in Ludwigshafen eingetroffen. Wahrscheinlich wird es in Ludwigshafen und vielleicht im ganzen besetzten Gebiet zu einem Generalkrieg der gesamten Arbeiterklasse kommen. Die Aufregung unter den Arbeitern ist gerade deshalb besonders groß, weil die Verhaftungen zu den schwerwiegendsten Arbeiterführern im besetzten Gebiet gehören.

Künftig wird zu den Verhaftungen noch mitgeteilt: Die aufsehensregenden Verhaftungen von Arbeiterführern durch die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz, haben dem Reichskommissar im besetzten rheinischen Gebiet Anlaß zu Verhaftungen bei der internationalen Rheinlandschaftsmmission gegeben. Diese hat Vertretern des pfälzischen Arbeiterkongresses die sofortige Entlassung eines Offiziers nach Ludwigshafen zur Sicherung der Angestellten zugesagt.

Der Arbeiterkongress in Bonn. Der Arbeiterkongress hat in der Sitzung vom 18. Juni einen Bescheid angenommen und geht noch immer weiter um sich. Bisher hat er drei Kreise (Köln, Elz und Schlamme) mit ungefähr 30 Delegierten erfährt. Wahrscheinlich ist, daß die Reichsarbeitern nicht werden; darüber wird noch verhandelt.

Werbt unablässig für die Liste der U. S. P.

Wer ist Gegner der Einheitsgemeinde?

Alle bürgerlichen Parteien! Nur widerwillig hat ein kleiner Teil der Demokraten für das Gesetz Groß-Berlin gestimmt.

Aber auch unter den Rechtssozialisten sind scharfe Gegner der Einheitsgemeinde. Der Charlottenburger Rechtssozialist Dr. Gorchardt hat sogar in einem bürgerlichen Blatt einen Diskurs an die bürgerlichen Parteien gerichtet und sie aufgefordert, gegen die Einheitsgemeinde und damit gegen das Interesse der Arbeiterklasse zu stimmen.

Dieser Mann ist Spitzenkandidat seiner Partei in Charlottenburg!

Arbeiter, Angehörige, Beamte! Könnt ihr einer Partei, die etwas derartiges duldet, die sich zum Mitschuldigen einer die Arbeiterklasse schwer schädigenden Haltung macht, eure Stimme geben?

Nein!

Wählt deshalb am 20. Juni nur die Listen der U. S. P.

Der Schiedspruch der Hilfsangestellten in Gefahr!

Aus den Kreisen der Hilfsangestellten wird und geschrieben: Wenn die städtischen Hilfsangestellten geglaubt haben, daß durch den Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung und durch ähnliche Beschlüsse in den Vororten die Anerkennung ihrer Forderungen gesichert sei, so sind sie schmachvoll enttäuscht worden. Entgegen den Erwartungen ist der Berliner Magistrat den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nicht beigetreten, sondern hat die Vorlage nochmals zu erneuter Beratung in eine gemischte Deputation zurückverweisen.

Das ist ein unerhörter Vorgang. Seit Monaten haben Verhandlungen mit den Hilfskräften stattgefunden, die sich zu einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung verdichtet hatten. In dieser letzten Stadtverordnetenversammlung aber bemühten sich die Rechtssozialisten, wiederum eine Vertagung herbeizuführen. Nachdem ihr Antrag abgelehnt war, mußten sie sich entschließen, wenn auch widerwillig, entgegen den Ausführungen der eigenen Redner, für die Annahme der unabhängigen Partei auf Annahme des Schiedspruchs zu stimmen.

Jetzt will nun der Magistrat die Sache erneut verzögern. Hilfsangestellte, eure berechtigten Forderungen sind in Gefahr, nachdem die Erhöhung der Beamtengehälter in den meisten Vororten beschlossen ist. In Berlin am nächsten Donnerstag verabschiedet wird, und die Herren Magistratsmitglieder sich riesige Gehälter bewilligen lassen wollen. Während ein Hilfsangestellter nur eine Erhöhung von etwa 100 bis 150 M. monatlich erhalten soll, sollen die Magistratsmitglieder eine solche von 1800 bis 2000 M. erhalten. Der Oberbürgermeister von Charlottenburg u. V., der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei, will sogar, daß kein Gehalt von jetzt nur 42 400 M. auf 75 000 M. erhöht wird.

Hilfsangestellte! Diese Gefährdung eurer berechtigten Forderungen ist nur möglich geworden, weil die Rechtssozialisten durch ihr Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung den reaktionären Elementen im Magistrat den Rücken gestärkt haben. Ihr hofft diese Herrschaften auf einen neuen Umfall der Rechtssozialisten, der ja nach ihrem bisherigen Verhalten auch mit Sicherheit eintreten wird. Erkennt an diesen Dingen, daß ihr eure Interessen nur wahren könnt, wenn ihr jetzt bei den Wahlen die Kandidaten der unabhängigen Sozialdemokratie wählt. Ihr müßt dafür sorgen, daß der Einfluss dieser Partei auf die Geschicke der Stadt wächst, damit die Bürgerlichen und die Rechtssozialisten Euch nicht erneut täuschen können.

Deshalb auf zur Wahl der unabhängigen Kandidaten.

Der Steuerandal.

Von einer „zuständigen Stelle“ ist gestern mittig durch das Postfache Bureau eine Mitteilung verbreitet worden, wonach jeder, der als Arbeitgeber, Gehälter oder Löhne, die nach dem 25. Juni 1900 fällig werden, vor diesem Tage anzahlt, nach § 5 der Reichsabgabenordnung unzulässig handle und nach § 50 des Einkommensteuergesetzes bestrafbar sei. Zudem mache er sich nach § 800 der Reichsabgabenordnung wegen Steuerhinterziehung strafbar.

Der Mord in Bad Thal.

In dem Bruch gegen die Magburger Zeitfreiwilligen, die bei Bad Thal 15 unschuldige Arbeiter ermordet haben, wurde am Donnerstag die Forderungserhebung eröffnet. Durch wurden zwei Kameraden vernommen, der Führer des Zeitfreiwilligenbataillons und ehemaliger Freigantenskapitän Selchow und der Oberleutnant Balbus, der das Unternehmen gegen Thal geleitet hatte. Ihre Aussagen lassen natürlich über Kameraden und Kommandanten als wichtige Lücken erscheinen, die nicht ungenutzt und nur unter dem Zwang der militärischen Notwendigkeit die Erklärungen vorgenommen haben. Selchow erzählt, das Unternehmen gegen Thal aus eigenem Antrieb angeordnet zu haben, da ihm Nachrichten zugegangen seien, daß sich in Thal ein Teil der roten Armees aufhalte. (Also wieder ein Spießmache!) Auf dem Marsch nach Gotha wurden die Gefangenen schwer bedrückt hinter dem Bataillon geführt. Einen Vorstoß, die Gefangenen zu erschließen, will der Junge nicht gemacht haben; er habe nur befohlen, unter allen Umständen auf die Felle zu schießen. Oberleutnant Balbus gibt an, daß er in Thal eine Liste mit Namen von Plünderern und Kameraden erhalten habe. Mit Erschießen sei den Gefangenen nicht edroht worden, man hätte ihnen nur gesagt, daß sie vor ein Kriegsgericht kämen.

Diese Mitteilung ist von Anfang bis zu Ende unzutreffend. Nach § 48 des Einkommensteuergesetzes hat der Unternehmer 10 Prozent des Arbeitslohnes einbehalten und dafür Steuermarken zu geben. Es ist aber nicht davon die Rede, auf welchen Zeitraum und auf welche Arbeitsleistung sich der Arbeitslohn, von dem Abzug gemacht werden, erstrecken soll. Ebenso ist in den Ausführungsbestimmungen, die den ersten Lohnabzug auf den 25. Juni festgesetzt haben, nur die Forderung von dem Lohn, an dem der Abzug vorgenommen werden soll, nicht aber davon, daß dieser Lohn die Geldleistung für eine in der Vergangenheit sich vollzogene Arbeitsleistung darzustellen hat. Die „zuständige Stelle“ handelt also in völliger Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen.

Sie scheint aber auch nicht die Reichsabgabenordnung zu kennen, die sie zweimal erwähnt. In den §§ 5 und 800 ist die Rede von der Steuerhinterziehung und ihrer Bestrafung. Weder am 25. Juni Gehalt oder Lohn schon für eine längere Zeit gezahlt, ohne daß dabei der Steuerabzug vorgenommen wird, so wird nach § 50 nicht von seinem Recht der Steuererhebung genommen, sondern von dem Recht der Lohnempfangen; haben die Arbeiter, sich dadurch der Steuerpflicht zu entziehen. Selbst Behörden zahlen die Gehälter an ihre Beamten und Angestellten schon vor dem üblichen Termin aus; will die „zuständige Stelle“ auch gegen diese den Vorwurf der Steuerhinterziehung erheben?

Dieser ganze Angelegenheit artet aber geradezu zu einem Skandal aus. Nach vor wenigen Tagen hat der Vertreter des Reichsfinanzministeriums bei der Berliner Presskonferenz mitgeteilt, daß die Auszahlung von Lohn und Gehalt am 25. Juni auch für die Arbeitsleistungen nach diesem Termin durchaus zulässig sei. Diese Auskunft gab er im Einverständnis mit seiner vorgesetzten Behörde. Am Freitag hat nun dieselbe Behörde ihre irreführende Mitteilung herausgegeben, ohne ihren Vertreter bei der Presskonferenz davon zu unterrichten. Die Vertreter der Presse verlangten einmütig, daß die zuständige Stelle ihre Nachricht schleunigst wieder zurücknehme. Darüber hinaus muß gefordert werden, daß im Reichsfinanzministerium, in dem über die Ausführung des Einkommensteuergesetzes und der Reichsabgabenordnung ein vollkommenes Durchsichtsbüro herrscht, endlich gründlich Ordnung geschaffen wird.

Öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen.

Heute, Sonnabend, 7 Uhr, finden öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen statt:

Gemeindefest zum großen Kloster, Klosterstr. 74, Schulstra. 10, Wilmstr. 10, Schulberg, Thomasschule, Barborastraße 71 1/2 Uhr, Neuhardenberg, Parabelgasse 6 1/2 Uhr.

Öffentliche Wahlmemonstrationen finden statt an folgenden Plätzen:

Abends 8 Uhr: Spargelplatz (Gouby-Edle Sonnenburger Straße), Spargelplatz (nahe der Zeilstraße), Dönhofsplatz (Südseite).

Abends 6 Uhr: Friedrichshain (Spleißstraße), Humboldthain, Humannplatz, Kleiner Tiergarten (Kriegdenkmal).

Abends 6 1/2 Uhr: Kottbuscher Platz.

Tagungsortung in allen Versammlungen; die letzte Wort in letzter Stunde an die Kommunalwähler.

Zentralwahllokale der 6 Berliner Stadtwahlkreise.

1. Wahlbezirk, Berlin-Mitte, Ruhmann, Spandauer Straße 31 (Zentrum 7809);
2. Wahlbezirk, Tiergarten: Kaiser, Goltzowstr. 34 (Moabit 542);
3. Wahlbezirk, Wedding: Stäffler, Panstr. 65 (Moabit 2075);
4. Wahlbezirk, Prenzlauer Tor: Hoffmann, Dyckerstr. 8 (Humboldt 2413);
5. Wahlbezirk, Friedrichshain: Rose, Große Frankfurter Straße 17 (Rönnigstr. 3068);
6. Wahlbezirk, Hallesches Tor: Schweikardt, Alte Jakobstraße 24 (Kortplatz 15 313).

Alle überflüssigen Kräfte haben sich am Wahltag in diesen Lokalen einzufinden, resp. im Hauptwahlbureau, Schilderstr. 5/6.

Die Distriktsleitungen werden bringen ersucht, die Plakate mit den Kreislagen umgehend dem Parteibureau, Schilderstr. 5/6, abzugeben. Die Geschäftsleitung.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Das Zentrallokal für Radfahrer, die am Wahltag als Fahrer tätig sein wollen, befindet sich bei Heinrich, Kungestr. 7 (Kortplatz 447). Wir bitten, bei Bedarf sich an diese Stelle zu wenden. — Die Stadtwahlkreise-Obleute von 8—15 werden ersucht, ihr Hauptwahllokal der „Freiheit“ heute mitzuteilen, damit sie insgesamt veröffentlicht werden können.

Als erster Bildgenosse wurde nach der Mittagspause der Gastwirt Hartung aus Köpenick vernommen. Dieser hat an dem nachdenklichen Schwere und Waise wie „Strage“ freilich die sich an die „Küster“ gelehrt. Im den Grund der Schwere zu erfahren, sei er auf den Hof gegangen. Er habe dann 7 Schwere holen und fand bald darauf die Leichen von zwei Fremden. Der Sohn des nächsten Jungen befindet sich ebenfalls unter den Opfern. Er ging am folgenden Morgen nach Berlin, wo er verhaftet, aber bald wieder freigelassen wurde. Im nächsten Morgen fand der Vater dann seinen Sohn als Leiche wieder. Der Junge kennen berg aus Thal wurde nur dem Wege nach Berlin durch einen Posten angehalten und nach einem Ausweis befragt. Da er keinen besaß, sagte dieser zu ihm: „Unabhängig davon haben einen Ausweis, nur Lappen haben seinen. Sehen Sie sich den Ausweis an. Der seinen Ausweis hat, wird erschossen.“ Die Gefangenen seien in der Nacht 11 Kisten, ordentliche Arbeiter gewesen. Junge, Student, Arbeiter, gibt an, daß einzelne Leichen von den Bewohnern des Hallesches Tor mit Sägen geteilt worden seien. Nach den Aussagen des nächsten Jungen wurde der Erbschneide-Julden genannt, welches das seiner harrte. Er rief seinen Angehörigen beim Aufbruch zu: „Macht es gut! Grüß Marie und die Kinder. Ich komme nicht wieder.“

Die Aussagen des Schwerebildgenossen Dr. Rind Dreyer

jedem, der noch daran zweifeln könnte, klar, daß es sich um gemeinen Mord handelt. Der Schwerebildgenosse gibt an, daß nach dem Mord-Festung ungefähr 70 Arbeiter nach Berlin gekommen wären, die sich jedoch vollständig ruhig benommen hätten. Am Donnerstag habe er Nachricht erhalten, daß von den Zeitfreiwilligen 15 Arbeiter erschossen seien. Da er dies nicht glauben konnte, habe er sich überzeugen wollen. Nach seiner Ansicht haben die Leichen von Anfang an so gelegen, wie man sie später fand. Die Verwendung von Dummgeschossen läßt er nicht für wahrscheinlich, die Verhinderung der Schüsse sei vielmehr auf die aus nächster Nähe abgegebenen Schüsse zurückzuführen.

Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Ein nochmaliger Appell an Ungarn.

Konstantinopel, 15. Juni.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat dem ungarischen Minister des Innern eine Mitteilung ausgeben lassen, in der es heißt: Vor dem für den 20. Juni festgesetzten Inkrafttreten des Boykotts, den der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung des weißen Schreckens gegen Ungarn zu unterstützen sich genötigt sah, richten wir einen letzten Appell an Sie, ausreichende Sicherheiten für sofortige Einstellung jeder terroristischen Vorgehens und für freie Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ungarn zu geben.

Wir befürchten, der Appell wird vergeblich sein. Trotzdem wird behauptet, es gäbe in Ungarn keinen weißen Schrecken, um ihn dann, wenn der Boykott nicht zur Anwendung kommen sollte, um so intensiver verbreiten zu lassen.

Rußland andauernd zum Frieden bereit.

Konstantinopel, 18. Juni.

Der Präsident des Moskauer Komitees Kamenew hat dem Verleumdung des „Daily News“, der die englische Arbeiterbewegung nach Rußland beizogelt hatte, gesagt: Im Interesse eines allgemeinen Friedens sind Verträge mit Westeuropa so notwendig, daß wir zu manchen Rußland-Verträgen bereit sind, um eine gerechte und dauernde Regelung herbeizuführen. Es ist kein Grund vorhanden, warum ein dauernder Vertrag zwischen kommunistischen und kapitalistischen Regierungen unmöglich sein sollte. Unser Ziel ist nicht, den Kommunismus in den anderen Ländern mit Hilfe von Boykotten und Gewehren einzuführen, also sollen gegenseitige Beziehungen möglich sein.

Belgien für Aufhebung der russischen Blockade.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, hat sich die belgische Regierung einmütig für die Aufhebung der Blockade Rußlands und die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ausgesprochen. Sie stimmt im allgemeinen mit der englischen Politik überein, macht aber bezüglich der belgischen Rechte gewisse Vorbehalte.

Frankreich und die Entwaffnung.

Genügend Zwangsmittel gegen Deutschland.

Paris, 18. Juni.

Arbeitsminister Beslay hat anlässlich der Besprechung des Kriegsbudgets eine Rede, die die ungeteilte Zustimmung der Kammer fand. Der Minister versichert, die Regierung sei entschlossen, immer Mittel bereitzustellen, um der deutschen Entwaffnung, die Befähigung von 60 oder 80 Millionen, die Ausrüstung von Kolonien und die Ausführung der anderen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages durchzusetzen zu können. Das sei nicht die Sprache brutaler Gewalt, sondern die Sprache der Gerechtigkeit.

Preußen bleibt Republik.

Im Verfassungsausschuß der preussischen Landtagerversammlung beantragten die Deutschnationalen am Mittwoch, Preußen nicht als Republik, sondern als Prästanz zu bezeichnen. Dr. Berndt (ein Demokrat) sprach sich diesem Antrage an. Zur Begründung führte dieser aus, daß das Wort Republik ein Fremdwort sei, das verdrängt werden müsse. Dabei mußte Abgeordneter Dorsch (Deutschnational) eingehen, daß die Begriffe Republik und Prästanz sich nicht vollkommen decken. Dr. Rosenfeld (U. S.) und Heilmann (Soz.) erklärten, daß das Wort Republik gewählt werden müsse, um klar zum Ausdruck zu bringen, daß Preußen keine Monarchie mehr sei und auch nicht mehr werden würde. Auch einige Demokraten schlossen sich dem an. Mit einer Stimme Mehrheit wurde die Bezeichnung Republik beschlossen. Abgeordneter Reibig (U. S.), der kurz nach der Abstimmung erschien, hatte durch seine Abwesenheit die Republik Preußen gerettet.

Immer Vertreter beantragte, die Hohenzollern für alle Zeit als abgesetzt und ihre Familienmitglieder zu Eigentümern der Republik zu erklären. Die Rechtssozialisten erklärten dazu, daß sie eine Ausnahmebestimmung gegen Hohenzollern nicht in die Verfassung aufnehmen wollten. Sie brachten auch rechtliche Bedenken vor, die Genosse Dr. Rosenfeld als nicht stichhaltig bezeichnete. Er wies darauf hin, daß die Hohenzollern (soweit gegen das Volk begangen hätten, daß Unnahmensbestimmungen gegen sie gerechtfertigt seien. Als er dabei von Rechtssozialisten sprach, erhoben diese gegen solche Bezeichnung Einspruch. Der Präsident Vorst sprach sich dem an und wünschte, daß diese Herren als Sozialdemokraten bezeichnet würden. Ein eigenmächtiges und ungesetzliches Verlangen.

Unser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Die Sozialisten beantragten, die preussischen Landtagsparlamentarier in der Verfassung festzusetzen. Die Herren schlugen höchst patriotische Töne an und erinnerten an die alte Zeit, da die deutschen Farben mit Blut getragen wurden. Dr. Rosenfeld (U. S.) und Heilmann (Soz.) widersprachen der Festsetzung dieser im Jahre 1858 durch königliche Verordnung festgesetzten Farben in der Verfassung. Die Reichsfarben genügen vollkommen. Die preussischen Farben sollten so schnell wie möglich verdrängt werden.

Mit einer Stimme Mehrheit wurde der Antrag der Rechtssozialisten abgelehnt.

Bei der Beratung des § 8 des Verfassungsentwurfs beantragte unser Vertreter die Zulassung von Volksabstimmungen. Die anderen Parteien stellten ähnliche Anträge und es ergab sich im Ausschuß eine Einmütigkeit dafür, in die Verfassung Bestimmungen über Volksbegehre und Volksentscheid aufzunehmen. Die Einzelheiten hierüber findet morgen statt.

Was hat die Jugend von der neuen Gemeinde Groß-Berlin zu verlangen?

In kahlsten Wohnungen, auf Höfen, wo oft kein Sonnenstrahl hindringt, wächst die proletarische Jugend Groß-Berlins heran, die Jugend, die berufen sein soll, unsere Zukunft zu sein. Ungeheuer ist das Wohnungselend, ebenso schlecht, geradezu furchtbar die Ernährung, und wenn wir hören, daß allein in Berlin ungefähr 30 000 tuberkulöse Kinder dem Siechtum und damit dem sicheren Tode entgegensehen, dann beschleicht einem das Grauen angesichts der Tatsache, daß scheinbar keine Hilfe vorhanden ist, für alle die unglücklichen Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und tiefer Haß steigt in uns auf gegen diejenigen, die das Elend durch den Krieg — es bestand ja schon sehr vorher, aber nicht in diesem Maße — verschuldet haben. Es gibt nur eine Hilfe und die ist: Kommunalisierung des Gesundheitswesens, der ärztlichen Versorgung und des Wohnungswesens.

Es geht nicht mehr an, daß so viele Kinder im Kindbett sterben, oder dauerndem Siechtum verfallen, weil sie nicht die Mittel besitzen, bei der Geburt ihrer Kinder in ausreichendem Maße ärztliche Hilfe und Not in Anspruch zu nehmen. Das Wohnungselend ist auf dem Höhepunkt angelangt. Proletarische Familien wissen buchstäblich nicht, wo sie ihr Haupt hinlegen sollen. Kinder sind mit Erwachsenen in einem Raum zusammengepfercht. Daß da die Klagen über ständige Verrohung nicht verstummen können, ist geradezu selbstverständlich. Aber gerade von denen, die am meisten über die Verrohung der Arbeiterjugend die Augen verdrehen, wird allen Maßnahmen, die geeignet wären, wirksamste Mittel zu bringen, ganz entschieden Widerstand geleistet.

Das Kind wächst heran und ist schon in sechster Jugend den Gefahren der Straße ausgesetzt, weil Tausende und aber Tausende von Müttern arbeiten müssen, weil der Vater entweder nicht genug verdient oder aber, weil der Krieg den Vater aus dem Kreise der Familie gerissen hat. Diese Kinder gehören in Kindergärten, wo sie unter berufener Leitung die Liebe empfangen können, die sie sonst entbehren müssen, wo sie aber noch bei frohem Spiel und doch Belehrung vorbereitet werden können auf die spätere Schulpflicht. Darüber hinaus verlangen wir aber auch Schaffung von Kindergärten für alle Kinder, weil nun einmal unsere Proletariermütter durch die Mühe und Sorgen des Alltags nicht in der Lage sind, ihren Kindern die Erziehung zu geben, die nun einmal notwendig ist. Einzelne Gemeinden haben den Anfang damit gemacht, aber die meisten derartigen Einrichtungen sind in den Händen der Kirchengemeinden, welche einzeln und allein den Zweck verfolgen, treue Schwestern ihrer Glaubensgemeinschaften heranzuziehen, das soziale Moment kommt erst in zweiter Linie.

Dasselbe trifft auf die Kinderhorte zu, die ebenfalls unbedingt notwendig sind, um den Schulkindern, welche tagsüber ohne Aufsicht sind, das Elternhaus zu ersetzen. Man hält die Kinder der Straße fern und bewahrt sie davor, mit den bürgerlichen und Eitengehens in Konflikt zu kommen.

Um den Gesundheitszustand der proletarischen Jugend zu heben, sind Ferienkolonien in ausreichendem Maße zu schaffen, die nicht immer im Gebirge und an der See zu liegen brauchen. Wir haben in der Provinz Brandenburg genügend ehemals königliche Schlösser mit ausgedehnten Parks, die wie geschaffen zu denartigen Zwecken sind, wir erinnern an Babelsberg, Zuckersandhof, Jagdschloß Oranienburg, die durch Anlage von Baracken noch erweitert werden können. Hier einen Druck auf die preußische Regierung auszuüben, ist eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Berliner Stadtparlaments.

Aber auch das Schulwesen schreit nach gründlicher Umgestaltung. Artikel 148, Abs. 2 der Verfassung sagt: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Beliebens oder ihrer Weltanschauung einzurichten.“ — Hier muß schleunigst an die Arbeit gegangen werden, es geht nicht mehr an, daß Kinder von Dis-

zenten von einzelnen Lehrern als Schüler zweiter Klasse behandelt werden, weil sie vom Religionsunterricht befreit sind. Also sofort Schaffung weltlicher Schulen in allen Stadtteilen, die dann aber noch mit dem Geist unserer sozialistischen Schulreformer erfüllt werden müssen. Abbau der höheren Schulen, Aufbau der Volksschulen, freie Lehr- und Lernmittel, das soll unsere Lösung sein.

Auch die Fortbildungsschule muß mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses geschoben werden. Bei einer Zusammenkunft der Räte der Groß-Berlin, welche im April d. J. stattfand, in der über Ersparnisse gesprochen wurde, die bei verschiedenen Positionen gemacht werden müssen, wurde auch das Fach- und Fortbildungswesen genannt. Dagegen werden wir uns mit aller Entschiedenheit wehren, meine Herren! In einer Zeit, wo Milliarden für die höchst überflüssigen Institutionen des Reichswahrs vorhanden sind, soll auf dem Gebiete des Schulwesens gespart werden? Das wäre eine Kulturkatastrophe, an der die Vertreter des werktätigen Volkes keinen Anteil haben dürfen.

Darüber hinaus hat die Stadtgemeinde Berlin die Aufgabe, der schulentlassenen Jugend Gelegenheit zu Erholungszwecken zu geben durch Schaffung von Lehrlingsheimen im Anschluß an die Ferienkolonien, durch Errichtung von kommunalen Jugendheimen, durch Förderung des Jugendwanderns, einmal durch Errichtung von Wanderheimen und dann durch Selbstmachung ihres Einflusses bei der Regierung in der Richtung, daß auch unsere Arbeiterjugend die Ferienreisermöglichkeit zusteht, welche ohne weiteres die Jugend der besitzenden Klassen, soweit sie bis zum 20. Lebensjahre noch die Schulbank brüht, erhält. Theater und ähnliche Veranstaltungen für die Jugend, Spiel- und Sportplätze sind ebenfalls Forderungen der Jugend, welche der Erfüllung harren. Im Süden Berlins dehnt sich eine ungeheure Fläche des Tempelhofer Feldes aus, unbenuzt, nur als Schlupfwinkel allerlei dunkler Elemente, hier einen großen Volkspark mit Spiel- und Sportplätzen zu errichten, wäre eine Aufgabe, welche uns den Dank aller kommenden Generationen zuziehen würde. Die Regierung denkt nicht daran, sie braucht das Feld für militärische Zwecke. Hier gibt es kein Mitleid, hier heißt es fordern, einmütig muß das neue Berliner Stadtparlament den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Das wird sich aber danach richten, wie diese Arbeiterschaft zusammengesetzt sein wird. Es ist darum Pflicht aller derjenigen, welche die hier angeführten Forderungen der Jugend vertreten, am 20. Juni nur einen Stimmzettel der Liste der U. S. P. D. in die Wahlurne zu werfen. Eltern, es geht um die Zukunft eurer Kinder! Bestimmt Euch auf Eure Pflicht!

Betriebsräte.

Die Stellungnahme der IFA-Betriebsräte zur Bildung von Betriebsrätezentralen.

Das Ortsamt II Groß-Berlin der IFA veranstaltete in der Zeit vom 9.—18. Juni vier große Betriebsräteversammlungen sämtlicher Industriegruppen, die sehr gut besucht waren. Nebenbei erläuterte in allen Versammlungen die Nichtstinken des U. S. P. D. und der IFA. Unter Hinweis auf die bisher fruchtlosen Bestrebungen anderer Stellen, mit der Zusammenfassung auch die parteipolitischen Gegensätze aus der Welt zu schaffen, ein Beginnen, welches auf diesem Wege immer ohne Erfolg bleiben müsse und auf dem Kopf-Putsch, welcher die Einigkeit der Arbeitnehmer auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung gesetzt habe, wies der Referent nach, daß nur durch Bildung freigeberischer Betriebsrätezentralen die Einheit der Betriebsrätebewegung gewahrt werden könne. Die einheitliche Stellungnahme zur Verbesserung des Betriebsrätegesetzes als nächster Aufgabe, ebenso zur Schlichtungsordnung und zur Wirtschaftliche made den sofortigen Zusammenschluß der Betriebsräte zur unbedingten Notwendigkeit.

Die von gewisser Seite wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung, Arbeiter und Angestellte sollten getrennt werden sei durch die Richtlinien widerlegt. Arbeiter und Angestellte gehören zusammen. Doch die Betriebsräte zu „funktionären der Gewerkschaften herabgewürdigt“ werden sollten, davon könne es keine Rede sein, sie sollen vielmehr durch die Ortsämter bei der Arbeit und Ortsämtern des U. S. P. D. zusammengeführt und hierdurch für ihre besonderen und großen Aufgaben freigemacht werden.

In den Diskussionen erhob sich gegen die Ausführungen des Referenten keinerlei Widerspruch. Von sämtlichen Industriegruppen wurden provisorische Gruppenräte gewählt, so daß sobald die Berliner Gewerkschaftskommission mit ihren Vorarbeiten fertig ist, die gemeinsame Arbeit beginnen kann.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie.

Die Zigarettenarbeiter hatten dem Arbeitgeberverband eine Forderung auf weitere Erhöhung der Feuererzulage um 100 Prozent unterbreitet. In den darauffolgenden Verhandlungen, die zwischen den beiden Organisationen stattfanden, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. In der am 15. Juni stattgefundenen Verhandlung vor dem von den Arbeitnehmern angerechneten Einigungsamt wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der dahin geht, daß für männliche Arbeiter weitere 135 Prozent, für weibliche Arbeiter 40 Prozent zu bewilligen seien.

In einer Versammlung der Zigarettenarbeiter wurde gestern dieser Schiedsspruch einstimmig abgelehnt. Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß die Erhöhung der Feuererzulage für die weiblichen Arbeiter noch nicht einmal die erhöhten Krankentageentgelte gedeckt würden, viel weniger den besten Lebensmitteln Rechnung getragen wird. Dann wurde aber auch betont, daß die männlichen Arbeiter in der Zigarettenindustrie, denen man ja im allgemeinen weiter entgegenkommen ist, nur 10 Prozent der gesamten Arbeiterschaft betragen. Die Arbeiter sind aber auch der Meinung, daß die Zigarettenfabrikanten sehr wohl in der Lage sind, die von den Arbeitern gestellte Forderung voll und ganz zu bewilligen. Denn gerade die Zigarettenfabriken sind es gewesen, die während und auch noch dem Kriege ganz ungeheure Gewinne eingekassiert haben.

In der Diskussion, die sehr kurzweilig verlief, wurde fast von allen Rednern gefordert, daß, wenn sich die Unternehmer nicht bereit erklären, weitere Zugeständnisse für die weiblichen Arbeiter zu machen, zum äußersten Mittel, d. h. auch zum Streik zu greifen. Nur mit Mühe und Not gelang es der Verhandlungsführung, die Arbeiter von übertriebenen Schritten zurückzuhalten. Schließlich wurde aus der Mitte der Versammlung eine Resolution eingebracht und auch einstimmig angenommen, wonach der Schiedsspruch abgelehnt wird und die Verhandlungstragung mit dem Hauptstreik auf dem schnellsten Wege in Verbindung zu treten, um die Genehmigung zum Streik zu erwirken.

Buchbinderverband, Lugsapierbranche.

Die Firma Kuhner u. Berger, Rottumstr. 110, weigert sich hartnäckig, die neu ausgegebenen tariflichen Löhne anzuerkennen. Nachdem die Organisation mit der Firma verhandelt hat und keine Einigung erzielt werden konnte, traten sämtliche Kollegen und Kolleginnen in den Streik. Es wird über den Betrieb hiermit die Sperre verhängt. Kein Kollege oder Kollegin darf dort Arbeit annehmen. Insbesondere wird die Firma ersucht, ihre Arbeit als Selbstarbeit zu vergeben. Wir bitten deshalb um weitestmögliche Unterstützung und freitzeitige Bekanntheit dieser Notiz. Werde niemand zum Streikbrecher!!!

Die Branchenleitung.

Lohnbewegung in der Stud- und Gipsbaubranche.

Nachdem es durch längere Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, indem in verschiedenen Punkten keine Einigung erzielt wurde, hatten beide Parteien den Schlichtungsanspruch unterzogen. Den einstimmig gefällten Schiedsspruch haben die Arbeitgeber ohne Begründung

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

„Was laufen denn da?“ höhnte der Alte, mit der Peitsche nach den Wegeläufigen deutend.

„Weil 's' Leut' a sein.“ logte der Buride.

„Und du, Kump, b'halst vielleicht a gut G'wissen, wann d' an einer Dieberei teilnimmt und trau'st dich noch, mir ins Gesicht z'trupen!“

Der Knecht suchte die Köpfe.

„Kein Red' bin ich dir wert? Na, war' dafür lehr' ich dich Sprünz' machen!“

Schon hatte der Alte mit der Peitsche zum Schläge ausgeholt und der Knecht die Arme abtrotzend vorgezerrt, da trat die Bäuerin aus dem Hür.

„Wie er dich schlägt, Deiner!“ rief sie. „Schlag' du nur a'ruad! Das brauchst dir nit g'fallen z'lassen. Du hast nur getan, was dir is aufg'wog'n a'weh.“

Da ließ der alte Bauer die Peitsche hinter sich in's G'rät fallen und stellerle mit vor Hut bebenden Gliedern mühsam vom Wagensitze herab.

„Du — du —!“ stöhnte er mit verzogener Stimme. „Sch'lest 's' G'ind auf, sich an dein's Mann's leiblichem Wadern zu vergreifen?! — Wo is der Toni?“

„Ob'n af seiner Stub'n, durchs offene Fenster hört er jed's Wort, was wir da reden, und wann er mir was mehren oder verweihen will, brauch' er nur 'n Kopf b'ronz'sticken.“

Den Respekt, der dir als mein's Mann's leiblichem Vater zukommt, habet ich dir gern, wolt'st nur du da af'm G'höft nit mehr wie ein solcher bedenkten, aber ein' Red'nern kenn' ich nit und daß du von unserm G'ind' züchtigen willst, wer a'horfamt, das leid' ich nit!“

„Stew' ich nit — leid' ich nit!“ spottete der Alte noch.

„Oh, du —! Hast aber recht, was brauch' ich dem Herl do erst über'n Grund a'fahren? Ledig an dich hab' ich mich a'haken. Und nit als Red'nern, als mein eig'ner und als Herr auf und von mein'm Eig'nem frog' ich, was hast du d'rauf zu luden, was hast du mir davon a'verschleppen?“

„Schau, schau, du weihst das schon, bevor d' noch d'Augen in beiner Stub'n hast brumachen lassen? No, das Raffel is nit löwer a'ratet; den Weg, den d' kommst, is „Kein's Mann's leiblichem Wadern“ — das is die Rutraserin.“

„Dös is a W'entweib und da af'm Hof alt word'n!“

„Und wann ich will, wird 's' auch kein Tag älter d'rauf!“

„Du jagst 's' fort?“ knirschte der Alte.

„Wann 's' dir a'ragt hält', was du nit erfahren durft'st, b'fmet ich mich kein' Augenblick, weil 's' dir aber nur a'ragt hat, was ganz unbekannt bleibt, is mer d' Sach nit so viel Aufhebend wert. G'hörig rüffeln werd' ich mir 's' weg'n ihrer Hinterhältigkeit, weiter nit.“

„Ja, das' d' G'nad', und dann sei auch so gut und laß' mer nur gleich morg'n wieder mein' eiser'n Schrein dorthin schaffen, von wo d' 'n heut' hast weggeschleppen lassen.“

„Dös weniger. Der bleibt, wo er is.“

„Dorenthalten täst' mir's, Diebin?“ brüllte der alte Bauer, die Faust gegen das Weib erhebend, das einen Schritt zurückwich, nicht vor der Bedrohung, sondern vor dem Schimpf. Er ließ den Arm sinken und knurrte böhnisch:

„Reinst, halt was davon, dumme Meid! Fehlt dir nit der Schlüssel? Den folg' ich dir nit aus!“

„Den b'halt' nur.“ logte trotzig Helene. „Ich will a Ordnung, nit das Deinel. Der Schrein is bei uns gut aufg'bob'n und der Schlüssel bei dir. Du bist a alter Mann, wie leicht veripertest amal nit, verstreuest felb'n was, oder a fremde Hand greift zu, dann müßt 's' Oberste g' unterst a'kehr' werd'n, mer hätt' d' Standard!“ af 'm Hof und 's' ganz G'ind' im und'schaffenen Verdacht. Besser bewahrt, wie befragt! Wir langen dir nit h'mein, aber 's' is nit mehr als billig, daß wir wissen, wozu du b'neinlangst; du könnt'st auch aus Vergessen ohne G'schrift käuf' und G'schäften ab'ziehen, dich betrügen lassen, und am End' wüht' mer nit, wo's Weid hinfamta is, ob d' Gläubiger, die sich melden, auch redite sein und wo mer d' Schuldner z' luchen hat, d'rinn a'hört der Schrein hin, dort wo er higt' seht, und er is nit 's' Letzte, was mer in Obhut nehmen muß, wann d' es so weiter fort treibst. Schau's an, 's' arme Hof, da steh't's noch und kommt kaum zu ihm von dem Hegen, wie d' d' G'icht'n“) h'raussteht bist; wenn d' Hof und Hind verabläumt, so kann mer das unschuldig' Vieh nit d'rünger leiden lassen, und müßt 's' halt auch in uniere Ställ' einstellen.“

„Du nahmt' mer auch noch mein Vieh?“

*) Genfthormer.

**) Die Stolle — die Anhöle.

Die Bäuerin lehrte den Rücken und schritt in den Hür, einen Blick tat sie noch über die Köpfe nach dem Alten, und obwohl dieser in der Dunkelheit den Ausdruck, der in demselben lag, nicht zu unterscheiden vermochte, so empfand er ihn doch als eine eben so entschiedene, wie verböhnende Bejahung seiner Frage.

„Oh, du!“

Er schrie auf, und dann, beide aneinandergeprechte Häufte in einem gegen die Wegschreitende schüttelnd, feuchte er: „M's — all's — nahmt' mer?! — Dafür nimm ich 'n Seg'n — von Haus und Hof und Grund! — Von Haus — und Hof — und Grund!“

Traumend schritt er seinem Ausgehung zu. Nachdem die braune Stute einen Augenblick nachdenklich gestanden, hierauf, wie von Fliegen beunruhigt, nachdrücklich des Kopf geschüttelt hatte, folgte sie bedächtig dem Wägelchen nach.

Es war in der darauffolgenden dritten Nacht, des Mond schien in die Schlafstube, der junge Sternsteinhofer gähnte im Bette und die Bäuerin fragte aus dem Hür nach dem seinen Hürüber: „Du Toni?“

„Was?“ murmelte er.

„Hast du die letzten Nacht' her g'schlafen?“

„Wie a' Rat?“

„Hast nig a'hört?“

„Kein' Laut, Was sollt' ich denn?“

„War vielleicht nur a' Einbildung von mir.“

„Wird schon sein.“

„Oder alleinig mir z' hören b'stimmt.“

„Dös is nur wieder a' andere. Schlaf, lof nit auf, hörst nig. Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Toni.“

Beide lehrten sich der Wand zu, es dauerte aber nicht lange, so drehte sich die Bäuerin wieder herüber, sie hob den Kopf und stüchte ihn mit dem Arme, und sah sich in der Stube um: milchweiß glänzte es von der Ecke her, wo das Silberbettchen stand, in welchem der sechsjährige Wunder und die anderthalb Jahre alte Juliane schliefen, die volle Mondscheibe beschien den Kindern das Gesicht.

Helene erhob sich rasch, sie eilte hin und verhing das Gitter mit Lühern, damit die Kleinen nicht schwere Träume bekämen, oder gar mondflüchtig würden.

(Fortsetzung folgt.)

